

Medienmitteilung

Schaffung eines Strasseninfrastrukturfonds: Bundesratsvorschlag ist ungenügend

Finanzierung ohne Garantie

Bern, 30.01.13 – strasseschweiz – Verband des Strassenverkehrs FRS taxiert den heutigen Vorschlag des Bundesrats zur Errichtung eines Strasseninfrastrukturfonds als ungenügend. Dies deshalb, weil dieser Vorschlag noch keine gesicherte Strassenfinanzierung garantiert. Angesichts des riesigen Investitionsprogramms, des dringlichen Handlungsbedarfs zur Engpassbeseitigung auf dem Nationalstrassennetz sowie der angekündigten Erhöhung der Treibstoffabgaben ist zwingend eine kontinuierliche, verbindliche und dauerhafte Finanzierungslösung zu schaffen. Eine jährliche Budgetbeurteilung durch das Parlament dürfte dazu wenig zielführend sein.

Der Handlungsbedarf betreffend den Ausbau und die Finanzierung der Strasseninfrastruktur in der Schweiz ist enorm und vergleichbar mit jenem für die Schieneninfrastruktur. Der Bundesrat selber beziffert in einschlägigen Materialien den Bedarf an finanziellen Mitteln für Ausbau und Unterhalt der Strasseninfrastruktur in den Jahren 2010 bis 2030 auf total bis zu 78 Milliarden Franken. Während die eidgenössischen Räte derzeit im Rahmen von FABI die Errichtung eines Bahninfrastrukturfonds (BIF) auf Verfassungsstufe diskutieren, fehlt gegenwärtig eine analoge Vorlage, welche die dauerhafte und sichere Finanzierung der Strasseninfrastruktur gewährleistet.

Um diese Pendenz zu erledigen, hat der Bundesrat heute einen Vorschlag zur Schaffung eines Strasseninfrastrukturfonds präsentiert. Dessen Finanzierung soll alljährlich durch das Parlament neu beurteilt und beschlossen werden. Dieser Vorschlag stellt keine befriedigende Lösung für eine gesicherte Finanzierung der Strasseninfrastruktur dar.

Mit besagtem Strasseninfrastrukturfonds soll nebst den laufenden Betriebs- und Unterhaltsaufwendungen primär die Kontinuität in der Finanzierung eines bedarfsgerechten Nationalstrassennetzes (Beseitigung der Engpässe, Fertigstellung des Netzes) sichergestellt werden. Dazu sind vom Parlament anstelle von jährlichen Budgetkrediten so genannte Projektkredite zu beschliessen, die aufgabenbezogen und nach Massgabe einer mehrjährigen Finanzplanung auszugestalten sind.

Schliesslich macht **strasseschweiz** die Zustimmung zur Erhöhung des Mineralölsteuerzuschlags davon abhängig, dass Bundesrat und Parlament ein Strassenentwicklungsprogramm vorlegen, das massgeblich zur Beseitigung der Engpässe im Nationalstrassennetz beiträgt und das nur mit zusätzlichen Finanzmitteln aus erhöhten Strassenabgaben umgesetzt werden kann. Mit anderen Worten: Es dürfen keine weiteren Abgaben auf Vorrat erhoben werden und die Verwendung der Strassenabgaben ist strikt auf Strassenaufgaben zu beschränken.

strasseschweiz – Verband des Strassenverkehrs FRS ist die Dachorganisation der Automobilwirtschaft und des privaten Strassenverkehrs in der Schweiz. **strasseschweiz** umfasst rund 30 Verbände aus der Automobil- und Strassenwirtschaft sowie aus den zahlreichen helvetischen Strassenbenützer- und Fahrlehrerorganisationen. Die wichtigsten Trägerorganisationen sind: TCS (Touring Club Schweiz); auto-schweiz (Vereinigung Schweizer Automobil-Importeure); AGVS, Autogewerbeverband der Schweiz; ACS (Automobil Club der Schweiz) und ASTAG (Schweizerischer Nutzfahrzeugverband).